

Unbestritten: Wege aus der Krise finden wir nur gemeinsam!

Europa: Solidarität statt Kürzungswahn!

Ausgabe 4

Näheres auf Seite 2

**Echt
krass**

TOTAL ABHÄNGIG



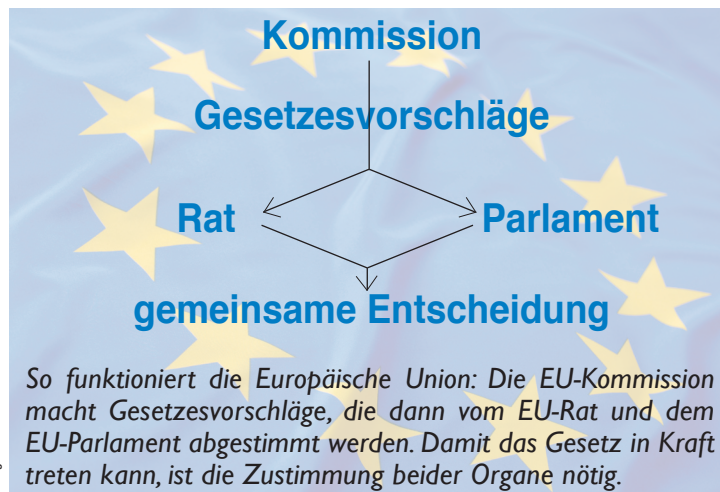
EU-Krisenpolitik: Angriff auf Sozialstaat und Demokratie in Europa

Das Resultat der EU-Krisenpolitik seit 2008: Rekordarbeitslosigkeit, Reichtum explodiert, Armut grassiert. Kurswechsel? Nein, die Eliten geben als

Antwort „mehr vom Selben“. Da diese gescheiterte Politik demokratisch aber schwer durchzusetzen ist, werden gleichzeitig wesentliche demokratische Rechte

der Parlamente ausgehebelt. Mit dem „Six-Pack“ und dem Fiskalpakt, der Schuldenbremse und automatische Ausgabenkürzungen vorsieht, wurden weitreichende Eingriffe in parlamentarische Rechte bereits beschlossen. Doch nicht genug. Als nächstes kommt der EU-Wettbewerbspakt, mit dem die neoliberalen Reformrezepte der

EU-Kommission auch gegen den Willen der Parlamente in den einzelnen Ländern durchgesetzt werden sollen. Bis zum Juni 2013 soll das – wie immer geheim – ausverhandelt und überfallsartig beschlossen werden. Jetzt ist noch Zeit: Widerstand ist gefragt! Unser Europa sieht anders aus! Aktiv werden: www.unsereuropa.at



Bildagentur Waldhäusl / Richter Harald

So funktioniert die Europäische Union: Die EU-Kommission macht Gesetzesvorschläge, die dann vom EU-Rat und dem EU-Parlament abgestimmt werden. Damit das Gesetz in Kraft treten kann, ist die Zustimmung beider Organe nötig.

Brüssel – die Stadt der Einflüsterer

Sie finden, Sie haben keinen Einfluss auf die politischen Entscheidungen in der EU? Da sind Sie nicht alleine. Rund 70 Prozent der Menschen in Europa sehen das – laut Eurobarometer – auch so. Und: Sie haben recht! Mehr als 15.000 Lobbyisten – vor allem aus der Wirtschaft – versuchen Gesetze in Brüssel zu beeinflussen.

Die Strategien und Tricks sind vielfältig: sie sitzen in den Expertengruppen, die die EU-Kommission für Gesetzesvorlagen beraten und beeinflussen so Gesetze bereits im Frühstadium. Sie finanzieren Frontgruppen, die sich wie Bürgerinitiativen gebärden, aber keine sind. So lu-

den z.B. Bauern der Gruppe „Farmers Food Biotech Network“ JournalistInnen zum Genfood-Essen in ein nobles Hotel ein – indirekt finanziert von der Gentechnik-Industrie. Abgeordnete des Europäischen Parlaments werden „dauerlobbyiert“, um sich deren Stimme zu sichern. Der Wechsel von leitenden EU-Beamten und Kommissaren in Lobbyfirmen gehört zum Alltag.

So lobbyiert Marten Westrup, vormals in der EU-Generaldirektion Unternehmen und Industrie, heute für Business Europe seine Ex-KollegInnen in Fragen des Klimawandels. Wessen Interessen sind also in Brüssel gut vertreten?

EU-Krisenpolitik: Angriff auf die Demokratie!



Illustration: toonpool.com

Die undemokratische Durchsetzung neoliberaler Krisenpolitik wird an den Beispielen Italien und Griechenland besonders deutlich. Als Berlusconi zurücktreten musste, wurde der ehemalige EU-Wettbewerbskommissar Mario Monti eingesetzt. Er stellte sich keiner einzigen Wahl, verpasste den ItalienerInnen aber Kürzungsprogramme, die jene von Berlusconi noch in den Schatten stellten. Auch Griechenland durfte nicht selbst über seine Politik entscheiden. Die EU-Spitzen würgten eine geplante Volksabstimmung über den harten Kürzungskurs mittels Androhung des Rauswurfs aus der Eurozone ab. Sie setzten ein Technokratenkabinett unter der Leitung des ehemaligen Präsidenten der Europäischen Zentralbank Loukas Papademos ein, sein Auftrag war die Umsetzung des EU-Kürzungspakets.

Impressum

Herausgeber: ÖGB/Gewerkschaft vida, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, DVR-Nr. 0046655, ZVR 576 439 352. Medieninhaber: Verlag des ÖGB GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96, Fax 01/662 32 96 - 39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, Web: www.oegbverlag.at, UID: ATU 55591005, FN 226769i. Offenlegung nach §25 Mediengesetz unter: <http://zeitschrift.vida.at/offenlegung>, Hersteller: Mediaprint, Herstellungsort: Wien, Redaktionsteam dieser Ausgabe: Fabian Unterberger, Alexandra Strickner. Grafik: ÖGB/Stephanie Guberner, Fotos: Bildagentur Waldhäusl, toonpool.com.

Europa neu begründen



neu begründen

Europa 2020: Stolz blicken wir auf das Jahr 2013 zurück. Damals haben die Menschen in ganz Europa verstanden, dass die Krise nicht von "den Griechen, Iren, Spaniern oder Italienern" verursacht wurde. Es wurde allen klar, dass es um ein gutes Leben für alle oder nur für einige wenige ging. Denn die Herrschen-

den bliesen zum Angriff auf gute Löhne, eine Pension, von der man im Alter leben kann, gute Bildung, Gesundheit für alle, Wasser, Energie sowie Öffis in öffentlicher Hand und demokratische Mitbestimmung. Im Juni 2013 standen wir europaweit auf und sagten: „Es reicht! Dieses Europa wollen wir nicht!“ Wir begannen uns zu

organisieren. Zuerst erreichten wir den Stopp der Kürzungspolitik und die Einführung einer Vermögenssteuer für die reichsten EuropäerInnen. Damit konnten die öffentlichen Schulden abgebaut und öffentliche Investitionen getätigt werden. Das Europäische Parlament erhielt mehr Rechte. 2015 wurde ein demokratischer Konvent gestartet (die Vorgaben für den Prozess haben wir 2014 gemeinsam ausgearbeitet). Dieser hatte den Auftrag, die Verträge für die Europäische Union neu zu schreiben. In einer europaweiten Volksabstimmung wurden die neuen Verträge, in denen soziale Sicherheit, ökologische Gerechtigkeit, menschenwürdige Arbeit, demokratische Mitbestimmung und Geschlechtergerechtigkeit als zentrale Ziele festgelegt sind, mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Island: vom Beinahe-Bankrott zum Vorzeigestaat

Island gilt als eines der ersten Opfer der Wirtschaftskrise. 2008 schien es, als würde das Land das gleiche Schicksal wie später Griechenland ereilen. Doch es kam völlig anders: Per Volksabstimmung wurde darüber entschieden, dass nur die inländischen Spareinlagen gesichert und die Banken teilverstaatlicht werden sollten. Die Folgen waren eine rasche Erholung der Wirtschaft und ein Rückgang der Ar-

beitslosigkeit. Der IWF lobt mittlerweile das erfolgreiche Krisenmanagement und der EFTA-Gerichtshof erkannte die Rechtmäßigkeit dieses Schrittes an.

Ein weiterer Meilenstein der demokratischen Krisenbearbeitung in Island: die Ausarbeitung einer neuen Verfassung durch die Bevölkerung. Einziges Problem: das Parlament hat das letzte Wort über das Inkrafttreten der neuen Verfassung.



Ein Durchbruch für die Demokratie



SOLON SAGT :

**„Von den alten
Griechen lernen!
Das Machtmonopol der
Herrschenden beenden!“**

Athen, 594 vor Christus: viele Bauern waren hoch verschuldet. Der Adel und die Großgrundbesitzer wollten die Bauern versklaven. Sie sollten ihre Schulden mit ihrem eigenen Leib und Leben bezahlen. Leibeigene und Kleinbauern wehrten sich dagegen. Aus Angst vor einer Revolte wurde Solon zum obersten Beamten berufen. Er sollte diese Situation lösen. Solons Freunde rieten ihm, den Aufruhr mit Gewalt in die Knie zu zwingen. Solons Antwort war eine andere: er strich alle Schulden der Bauern, verbot die Schuldknechtschaft und leitete eine Verfassungsreform ein. Diese beendete das Machtmonopol des Adels und führte die annähernde Gleichberechtigung der Armen vor dem Gesetz ein. Solons Antwort war also die Demokratie, die wir uns heute nur gemeinsam erkämpfen können!

EU-Krisenpolitik: den Sozialstaat zerstören

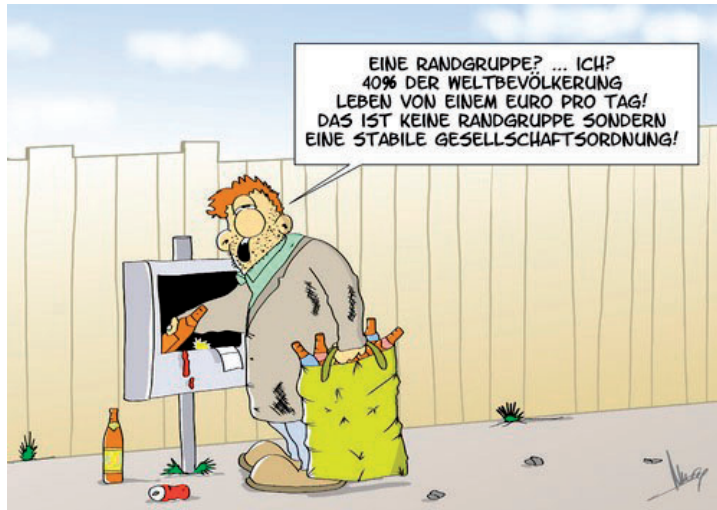


Illustration: toonpool.com

Der Sozialstaat ist ein Auslaufmodell!“, bringt Mario Draghi, Präsident der europäischen Zentralbank, die aktuelle EU-Politik auf den Punkt. Die Banken- und Finanzkrise wird genutzt, um den Wohlfahrtsstaat zu begraben. Sie sagen sparen und meinen kürzen. In Österreich

bei einkommensschwachen Familien, Mindestpensionistinnen, AlleinerzieherInnen und öffentlich Bediensteten. Noch dramatischer ist der Kahlschlag aber in den südlichen Ländern Europas, wie Spanien. Das vierte Sparpaket innerhalb des ersten Halbjahres 2012 im Ausmaß von

Wer muss den Gürtel enger schnallen?



Auch in Österreich bleibt am Ende des Geldes immer häufiger zu viel Monat übrig.

„Jetzt müssen alle ihren Gürtel enger schnallen.“ Auch in Österreich ist dieser Spruch bei PolitikerInnen beliebt. Und er ist falsch wie überall. Nicht alle müssen sparen beim Heizen, bei Ernährung, Bildung, Gesundheit und Kultur. Kürzungspolitik trifft vor allem Armutsbetroffene, die schon lang nichts mehr zum Sparen haben, und immer mehr auch die Mittelschicht und vor allem Frauen. Weil Kürzungspolitik wichtige Investitionen verhindert: in gerechte Bildungschancen, gute Gesundheitsversorgung, Energiegrundsicherung, umfassende Teilhabe. Gerechtigkeit sieht anders aus.

65 Milliarden Euro brachte unter anderem eine kräftige Anhebung der Mehrwertsteuer, Kürzungen des Arbeitslosengeldes und die Abschaffung des Weihnachtsgeldes für Staatsbedienstete. Alleine im Bereich Bildung wurden 10 Milliarden gestrichen. Mit dem EU-Fiskalpakt müssen wir uns nun auch in Österreich dauerhaft auf eine solche Politik einstellen. Als Verfassungsgesetz schreibt

er verpflichtende Schuldenbremsen vor. Wird der Pakt nicht eingehalten, entscheidet die EU-Kommission über Straf- und Reformmaßnahmen. Damit greift sie tief in das Haushaltsrecht der Mitgliedsstaaten ein und verhindert ein Ausscheren aus der neoliberalen Politik. Gerade das wäre aber nötig, um solidarische und gerechte Wege aus der Krise finden zu können.

IWF gibt Fehler zu: Kürzen führt in die Rezession



Der Internationale Währungsfonds (IWF) räumt im „Wirtschaftsausblick“ von 2012 einen dramatischen Fehler ein: die Negativauswir-

kungen von Kürzungspaketen sind dreimal so hoch wie bisher angenommen. Unterm Strich führen sie zu noch mehr Schulden. Doch selbst nach dieser Bankrotterklärung für die Kürzungspolitik hält der IWF an ihr fest: Kredite werden weiterhin nur unter harten Sparauflagen an Krisenstaaten vergeben.

EBI: „Wasser ist Menschenrecht!“

Mehr als hundert Organisationen rufen dazu auf, die Europäische BürgerInneninitiative (EBI) zu unterschreiben. Sie fordert den universellen Zugang zu Wasser, sanitäre Grundversorgung für alle Menschen in Europa und keine Liberalisierung der Wasserwirtschaft. www.right2water.eu

Die drohende Wasserprivatisierung

Wird das Recht auf Wasser bald Profitinteressen untergeordnet? Geht es nach der EU-Kommission, soll die Vergabe von Wasser Konzessionen künftig europaweit ausgeschrieben werden. Damit droht die Privatisierung der Wasserversorgung. Kriterien, die dem Gemeinwohl geschuldet sind, z.B. soziale, ökolo-

gische, volkswirtschaftliche oder beschäftigungspolitische Bedingungen, treten in den Hintergrund und werden ersetzt durch den Maßstab des freien Wettbewerbs. Das Europäische Parlament stimmt im Frühjahr 2013 über die Richtlinie ab. Bei einem Ja folgen Verhandlungen mit EU-Kommission und Ministerrat.

Jetzt: Zukunftsfonds statt Spardiktat

Europa braucht rasch eine Abkehr von der gefährlichen und schädlichen Kürzungspolitik. Seit Ausbruch der Krise sind zehn Millionen Menschen mehr arbeitslos. Die Kürzungspolitik kostet Tag für Tag weitere Arbeitsplätze. Ein Kurswechsel ist nötig – Investitionen statt Sparpakete. Gewerkschaften fordern ein aus Steuern finanziertes und auf zehn Jahre angelegtes Investitions- und Aufbauprogramm. Dafür sollen jährlich 260 Milliarden Euro aufgebracht werden, u.a. über eine in allen EU-Staaten er-

hobene Finanztransaktionssteuer von 0,1 Prozent auf alle Finanztransaktionen, die in einen „Europäischen Zukunftsfonds“ fließt. Gewerkschaften und NGOs fordern seit langem höhere und EU-weit harmonisierte Unternehmenssteuern, ein Ende des Steuerdumpings, einen Mindestgewinnsteuersatz von 25 Prozent und das Schließen der Steueroasen. Damit wäre genug Geld für Zukunftsinvestitionen da, die Arbeitsplätze schaffen. Daher: Zukunftsfonds statt Spardiktat - denn Geld ist genug da!

Ohne Sozialstaat kein gutes Leben!

Ein gutes Leben und eine gerechtere Gesellschaft brauchen einen Sozialstaat der sicherstellt, dass alle Zugang zu guter Bildung haben, Kranke unabhängig vom Einkommen gepflegt werden, Wasser, Energie und Mobilität für alle leistbar sind und Menschen in Würde altern können. Die Bereitstellung durch

die öffentliche Hand sichert all diese Menschenrechte. Der Sozialstaat ist aber auch eine Frage wirtschaftspolitischer Vernunft. In Krisenzeiten stabilisiert er die Einkommen und stützt so die Konjunktur. Wir brauchen also nicht weniger, sondern einen noch besseren Sozialstaat.



Rettungsringe über Bord – wir privatisieren!

Echte Steuerunion statt Steuerfluchtabkommen!



Bildagentur Waldhäusl / Ammerling Christian

Österreich hat ein Steuerabkommen mit der Schweiz und Lichtenstein abgeschlossen. Auch wenn sich der Fiskus davon Milliardeneinnahmen erwartet, können sich Steuerflüchtlinge so billig die Amnestie für jahrelange Steuerhinterziehung erkaufen. Im Inland verteidigt Finanzministerin Fekter unerbittlich das Bankgeheimnis und leistet damit Steuerhinterziehung Vorschub. Das ist das Gegenteil einer echten Steuerunion und EU-weiten Harmonisierung von Unternehmens- und Vermögenssteuern.

Die Macht der Finanzmärkte brechen EZB: Direktfinanzierung statt Erpressungskasino!

Warum haben Ratingagenturen eine solche Macht über Staatsfinanzen? Weil in Europa die direkte Finanzierung von Staatsausgaben in Form von Garantien durch die Europäische Zentralbank (EZB) nicht möglich ist. Verschlechtert sich das Rating, steigen die Zinsen für Staatsanleihen – und somit die Schulden – meist jener Länder, die jetzt nicht noch mehr Bürde son-

dern Hilfe brauchen. Deshalb braucht es eine andere Rolle für die EZB. Sie könnte ohne Probleme Staatsanleihen direkt garantieren. Eine Bedingung dafür wäre allerdings, dass die Euroländer ihre Staatseinnahmen durch die verpflichtende Einführung von Mindeststeuersätzen auf Kapitaleinkommen, Unternehmensgewinne und Vermögen sanieren.

Nein zu geschröpfter Arbeit und geschonten Vermögen!

Bei Lohnverhandlungen hören wir ständig: Bloß die Unternehmen bitte nicht überfordern. Keine Überforderung stellen aber offenbar Gewinnausschüttungen dar, die ein Vielfaches der Lohnerhöhungen ausmachen. Beispiel: die durchschnittliche Erhöhung von 4,2 Prozent in der Metallindustrie im Herbst 2011 – von vielen UnternehmerInnen als kaum verkraftbar gescholten – verursachte einen Mehraufwand von unter 300 Millionen Euro. Demgegenüber stehen im selben Jahr Gewinnausschüttungen an EigentümerInnen und AktionärInnen von 2,5 Milliarden Euro, rund 8,5-mal so viel! Gefährlich für unsere Jobs sind daher nicht gute Löhne



sondern hohe Dividenden! Seit gut 20 Jahren sinkt der Anteil der Lohneinkommen am Volkseinkommen sogar, fast kontinuierlich. Immer ge-

ringere Löhne stehen steigenden Gewinnen gegenüber. Die Schieflage der Steuerbelastung von hohen Arbeits- und niedrigen Kapitalabgaben bringt

zusätzlich den Staatshaushalt in Schwierigkeiten. Deshalb: her mit Vermögenssteuern und runter mit der Abgabenlast auf Arbeitseinkommen!

EU-Krisenpolitik = Löhne kürzen und Verarmung fördern

Eine aktuelle AK-Studie zeigt: Lohnkürzungen sind zentraler Teil der EU-Krisenpolitik. Mindestlöhne und Gehälter von Beamten werden EU-weit drastisch gekürzt oder eingefroren. Automatische Inflationsanpassungen sind passé, Überstundenzuschläge werden reduziert. Reallohnverluste von 15 bis 40 Prozent stehen auf der Tagesordnung. Griechenland kürzte die Mindestlöhne unter die Armutsgrenze von 580 Euro.

Die Folge: einkommensschwache ArbeitnehmerInnen und Familien haben zu wenig Geld für Essen, Wohnen oder die Stromrechnungen. Jugendliche sind von dieser Politik besonders betroffen. Damit nicht genug: der Abbau von öffentlicher Beschäftigung soll ebenfalls die Krise lösen. In Großbritannien sollen 490.000, in Griechenland 150.000 öffentliche Bedienstete entlassen werden. Deshalb bricht jetzt das griechische Gesundheitssystem zusammen.

Nulllohnrouden in Österreich: Folge der EU-Krisenpolitik

Auch in Österreich wird die EU-Krisenpolitik wirksam. Die Schuldenbremse führt zu Kürzungen – bei den ArbeitnehmerInnen, versteht sich. Löhne im Sozial- und Bildungsbereich sowie für Länder- und Gemeindebedienstete werden eingefroren. Für einkommensschwache ArbeitnehmerInnen fatal: ihre Löhne sind seit Ausbruch der Krise bereits um 11 Prozent gesunken (siehe Einkommensbericht 2012). Besonders für Familien und AlleinerzieherInnen ist das eine Katastrophe. Die Aufweichung der Kollektivverträge im Privatsektor soll auch dort Lohnsenkungen, niedrigere Mindeststandards und Kürzungen ermöglichen und damit die Gewerkschaften schwächen. Dabei ist klar: nur höhere Löhne, ein starker Sozialstaat und Arbeitszeitverkürzung können die (Inlands-)Nachfrage stabilisieren, höhere Steuereinnahmen und somit den Abbau der Schulden ermöglichen.



Arbeit neu verteilen – europaweit!

In Griechenland wird die neoliberale Politik immer absurder. Die neuen Machthaber („Troika“) aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und IWF fordern die Wiedereinführung der Sechs-Tage-Woche und eine Ausweitung der täglichen Arbeitszeit auf 13 Stunden. Jeder vierte Grieche und sechs von zehn Jugendlichen sind arbeitslos, aber die, die noch Arbeit haben, sollen unbezahlt eine Arbeitszeitverlängerung hinnehmen. Notwendig ist auch hier eu-

ropaweit das Gegenteil: eine gerechte Verteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung.

Bei offiziell 27 Mio. Arbeitslosen können wir nicht die Arbeitszeit für die Beschäftigten verlängern. Die Unternehmen sollen mehr Menschen einstellen und nicht Überstunden und Mehrarbeit anordnen. Eine Arbeitszeitverkürzung und ein Euro pro Überstunde in die Arbeitslosenversicherung können dazu einen Beitrag liefern.



Bildagentur Waldhaus / Panthermedia / Thomas Szjgto

Mobilisieren für ein anderes Europa!

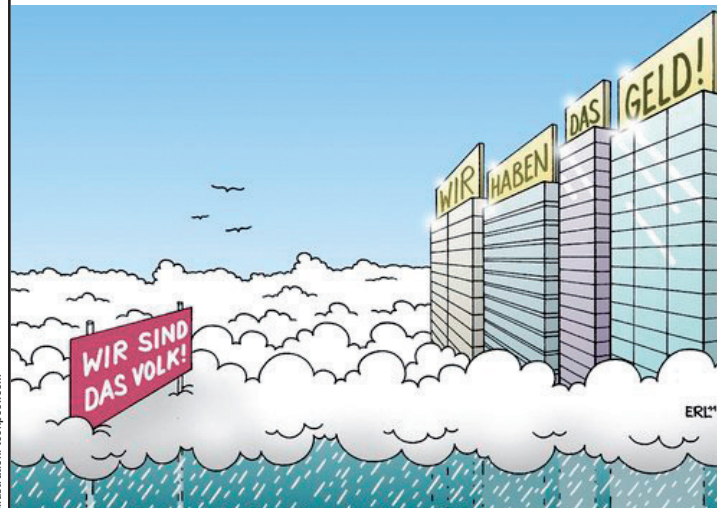


Illustration: tompool.com

Bankenmetropole Frankfurt:

Blockaden und Großdemo vom 31. Mai bis 01. Juni 2013

Immer mehr Menschen lassen sich diese Politik nicht mehr gefallen. Sie gehen auf die Straße, wehren sich gegen den sozialen Kahlschlag. Am 13. März 2013 findet unter dem Motto „Unsere Demokratie gegen ihren Kürzungswahn!“ ein europaweiter, dezentraler Aktionstag anlässlich des EU-Frühjahrgipfels statt. Von 31. Mai bis 10. Juni gibt es die zweite „Blockupy“-Mobilisierung in Frankfurt, dem Sitz der Europäischen Zentralbank. Dort wird der Widerstand im Herzen des europäischen Krisenregimes sichtbar (www.blockupy-frankfurt.org). Von 7. bis 9. Juni findet der erste Altersummit (Alternativgipfel) in Athen statt. Dort geht es um die Suche nach Strategien, um solidarische Wege aus der Krise durchzusetzen. Infos unter www.unsereuropa.at

Arbeitslosigkeits- statt Schuldenbremse

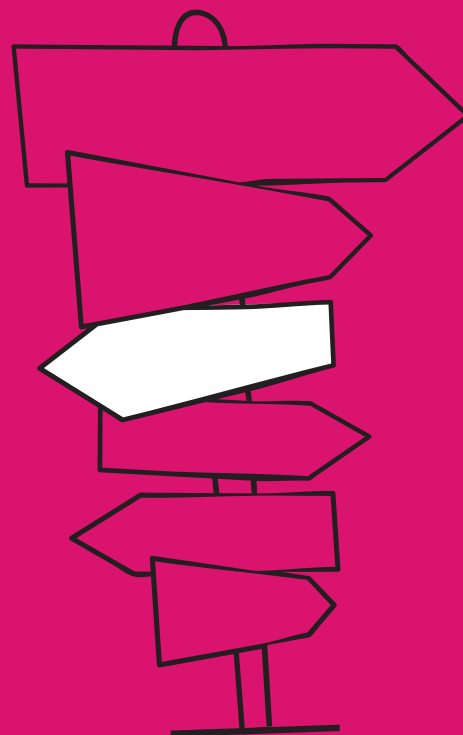
26 Mio. Menschen sind in der EU arbeitslos – um etwa 50 Prozent mehr als vor der Krise. Die Schulden stiegen durch Bankenrettung und die – nicht zuletzt durch die schrumpfende Beschäftigung verursachten – Steuer- ausfälle ebenfalls um etwa 50 Prozent. Obwohl aber Arbeitslosigkeit deutlich mehr Schäden für die Betroffenen, die Gesellschaft und ihre Stabilität bewirkt, kümmern sich Merkel & Co. nur um das Sparen. Die Folge: die Arbeitslosigkeit wird noch-

mals verschärft. In den beiden Krisenländern Spanien und Griechenland ist mittlerweile mehr als ein Viertel arbeitslos und großteils auch ohne Hoffnung. Was es daher jetzt braucht ist eine Arbeitslosigkeitsbremse, sprich höhere Löhne in den Kernstaaten und mehr Geld für den sozialökologischen Umbau der Wirtschaft, also mehr Arbeitsplätze im Kinderbetreuungs-, Pflege- und Sozialbereich, durch Gebäudesanierung und neue Wind-, Holz- und Solarkraftwerke.

„Es herrscht Klassenkampf, meine Klasse gewinnt, aber das sollte sie nicht.“

Warren Buffet, US-Milliardär

In die **Zukunft** investieren statt **Sozialstaat** demonstrieren!



- **EU-weiten Steuerwettbewerb beenden**
- **Arbeit neu verteilen statt Massenarbeitslosigkeit**
- **Mehr Demokratie: EU der BürgerInnen statt der Konzerne**
- **Große Vermögen besteuern – europaweit!**

GPA **djp**
GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN
DRUCK – JOURNALISMUS – PAPIER

KAB
KATHOLISCHE ARBEITNEHMER/INNEN
BEWEGUNG ÖSTERREICH


DIE ARMUTSKONFERENZ.


GdG-KMSfB

%attac

PRO-GE
DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT

GLOBAL 2000


GREENPEACE

www.oeh.ac.at
OHZ

SOS
MITMENSCH

vida


**wege
aus der krise**

Ja zu einem Zukunftsbudget!
Jetzt unterstützen!
www.wege-aus-der-krise.at